

Frankfurter Rundschau

Politik - 08.04.2016

PARTEIFINANZEN

Spender im Schatten

Von Karl Doemens



Die Parteien im Bundestag bekamen 2014 Spenden in Höhe von rund 61 Millionen Euro.
Foto: REUTERS

Die Finanzierung der Parteien im Bundestag wird immer undurchsichtiger. Um einer Offenlegung zu entgehen, stückeln Großmäzene offenbar ihre direkten Zuwendungen. NGOs beklagen die mangelnde Transparenz.

Die Finanzierung der im Bundestag vertretenen Parteien wird immer intransparenter. Nicht nur werden CDU, CSU, SPD, Grüne oder Linke zunehmend durch Sponsoring unterstützt, was kaum offengelegt werden muss. Auch stückeln offenbar große Parteispender ihre direkten Zuwendungen, um der unmittelbaren Publikationspflicht zu entgehen. So finden sich in den nun – wie üblich – mit zweijähriger Verzögerung vorgelegten Rechenschaftsberichten der Parteien für 2014 einige Großmäzene, die

bislang unerkannt blieben.

Bemerkenswert ist vor allem das Engagement des verstorbenen Strukturvertrieb-Königs Reinfried Pohl. Er ließ der CDU unter den Namen seiner Firmen DVAG und Allfinanz sowie als Privatperson insgesamt 153 000 Euro zukommen und war damit der wichtigste Finanzier der Partei. Auf der Bundestagsliste der Großspender tauchte er jedoch nicht auf. Dort müssen alle Zuwendungen über 50 000 Euro zeitnah publiziert werden.

Pohl spendete 30 000 Euro über die Allfinanz und 40 000 als Privatmann. Eine Spende von 83 500 Euro ließ er offenbar stückeln. So entging er völlig legal der öffentlichen Aufmerksamkeit, die eine Großspende ausgelöst hätte. Dass die umstrittene Finanzfirma auch die Grünen mit 40 000 Euro unterstützte, lässt sich ebenfalls erst jetzt feststellen.

Ähnlich liegt der Fall beim CDU-Unterstützer Oetker. Offenbar gesplittet überwies die Firmenholding Dr. August Oetker KG insgesamt 107 000 Euro. Firmenchef Arend Oetker transferierte weitere 36 000 Euro an die CDU. Unter den Großspendern tauchte er trotzdem nicht auf. Die größte SPD-Spende stammt mit 100 700 Euro vom Sägewerksbesitzer Ralf Pollmeier im thüringischen Creuzburg. Der Unternehmer, ehemals SPD-Kreisvorsitzender, muss den Betrag ebenfalls in mehreren Tranchen transferiert haben, denn sein Name fehlt in den Bekanntmachungen des Bundestags.

GUT 61 MILLIONEN EURO Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat mit derselben Methode sein gesamtes Engagement zur politischen Landschaftspflege der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Er spendete insgesamt 183 000 Euro – davon 98 000 Euro an die CDU, 55 000 Euro an die SPD, 18 000 Euro an die Grünen und 12 000 Euro an die CSU, die zusätzlich vom Verband der Bayerischen Chemischen Industrie mit 75 500 Euro unterstützt wurde.

Doch anscheinend war jede einzelne Zuwendung geringer als 50 000 Euro. Daher taucht die Chemiebranche – anders als die Metallindustrie oder die Autokonzerne Daimler und BMW – nicht auf den Großspenderlisten der Bundestagsverwaltung auf, die von den Medien aufmerksam ausgewertet werden.

Nichtregierungsorganisationen wie Lobby-Control und Abgeordnetenwatch beklagen seit langem die mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung. „Die Herkunft vieler Millionen Euro Spenden und Sponsorengelder bleibt

weiterhin im Dunkeln“, sagt Lobby-Control-Expertin Annette Sawatzki. Ihre Organisation fordert eine sofortige Veröffentlichungspflicht bereits für Spenden ab 10 000 Euro und ähnliche Regeln für das Sponsoring. Abgeordnetenwatch hat eine Petition „Lobbyistenspenden an Parteien verbieten“ gestartet.

Insgesamt erhielten die Parteien im Bundestag 2014 Spenden von gut 61 Millionen Euro – kaum weniger als im Wahljahr zuvor. Knapp 15 Millionen Euro kamen aus der Wirtschaft, der Rest von Einzelspendern und Parteifunktionären. Mit 39 Millionen Spendeneinnahmen landet mehr als die Hälfte des Kuchens bei CDU und CSU. Mit rund 30 Prozent ist der Anteil der Firmenspenden bei der Union besonders hoch. Die SPD kassierte 15,1 Millionen Euro, die Grünen 4,7 Euro und die Linkspartei 2,3 Millionen Euro an Spenden.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/parteifinanz-spender-im-schatten,1472596,34063140.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau